

Dr. Thomas Köcher

Leiter der Landeszentrale für
politische Bildung der
Freien Hansestadt Bremen

Osterdeich 6
D-28203 Bremen
Tel.: +49(0)421-361 2119
Fax: +49(0)421-361 4453

thomas.koecher@lzb.bremen.de
www.lzb-bremen.de
Bremen, 09.01.2014

Stellungnahme zum Bürgerantrag an den Beirat Blumenthal vom 5.12.2013 / „NS-Denk- und Informationszentrum Bremen-Blumenthal“

Der Bürgerantrag vom 5.12.2013 bittet um die inhaltliche und wirtschaftliche Prüfung eines möglichen „NS-Denk- und Dokumentationszentrums Bremen Blumenthal“, das u.a.

- die historischen Orte Wifo-Tanklager Farge, den ehemaligen U-Bunker Valentin, das Kriegsmarinertanklager auf dem heutigen Standortübungsplatz und die Bahrsplate als ehemaligen Standort des KZ-Außenlagers Bremen Blumenthal umfasst,
- die historischen Ursachen der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus, die Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus, die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Kriegswirtschaft, das System der Zwangsarbeit, insbesondere die Lebens- und Arbeitsbedingungen ehemaliger Zwangsarbeiter_innen dokumentiert und analysiert,
- die Besucher_innen in die Lage versetzt, die Entstehungsbedingungen der genannten Bauwerke kennenzulernen.

Der Bürgerantrag begründet das Anliegen mit dem Wunsch nach einer offensiven Auseinandersetzung mit den ohnehin unübersehbaren baulichen Hinterlassenschaften der nationalsozialistischen Herrschaft. Dabei wird festgestellt, dass der Ausbau des Bunkers Valentin nur „bedingt Fortschritte“ mache und sich deshalb die Frage nach „einer adäquaten längerfristigen Nutzung der U-Bootproduktionshalle Anfang nächsten Jahres verstärkt“ stelle. Zudem wird festgestellt, dass das Alltagsleben im Nationalsozialismus bisher nur wenig aufgearbeitet und daher den Angehörigen der jüngeren Generation relativ unbekannt sei

Die Landeszentrale für politische Bildung Bremen nimmt zu o.g. Bürgerantrag wie folgt Stellung:

Die Initiative einer inhaltlichen und strukturellen Zusammenfassung der historischen Orte aus der Zeit des Nationalsozialismus in Blumenthal ist grundsätzlich zu begrüßen. Historisch lassen sich die genannten Orte nur im Kontext verstehen, sie verweisen darin auf unterschiedliche Aspekte der Geschichte Blumenthals zwischen 1933 und 1945.

Zu ergänzen ist die im Bürgerantrag genannte Liste der historischen Orte um die weiteren Lager zwischen Farge und Schwanewede, u.a. das ehemalige Arbeitererziehungslager der Bremer Gestapo und das KZ-Außenlager Farge.

Jeder einzelne der genannten Orte nimmt Bezug auf Facetten der im Bürgerantrag genannten Themen: Das **Tanklager** auf die Kriegsvorbereitung seit 1936, der **Bunker Valentin** auf den Einsatz sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeiter_innen im Kontext des „totalen Kriegs“, auf die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Rüstung und auf die Rolle der sogenannten technischen Eliten bei der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern bzw. der dafür notwendigen Einrichtungen.

Die Erläuterung und Dokumentation der Geschichte der einzelnen Orte trägt dazu bei, eine inhaltliche Auseinandersetzung jenseits der architektonischen und der technischen Dimensionen vor allem des Bunkers und des Tanklagers zu ermöglichen.

Die genannten und im Bürgerantrag gewünschten Aspekte sind jedoch bereits Kern der von der Landeszentrale für politische Bildung vorgelegten Konzeption für den **Denkort Bunker Valentin**. Die Konzeption zielt darauf ab,

- den Entstehungskontext des Bunkers Valentin zu verdeutlichen,
- die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter_innen zu dokumentieren und zugänglich zu machen,
- die Zusammenhänge zwischen Tanklagerbau, Bunkerbau und der Errichtung der unterschiedlichen Lager zu verdeutlichen,
- die technischen und architektonischen Dimensionen des Bunkers und des Tanklagers in den Kontext des „totalen Kriegs“ einzuordnen und
- den Bunker als Kern einer Rüstungslandschaft zu kontextualisieren.

Das **Land Bremen** hat für die Einrichtung des Denkortes Bunker Valentin ca. 2 Mill. Euro zur Verfügung gestellt, die vom Bund im Rahmen der Projektförderung für die Einrichtung von Gedenkstätten innerhalb einer fünfjährigen Projektphase verdoppelt werden. Diese Mittel werden vorrangig für die Besucher_innengerechte Erschließung des Ortes verwendet. Am Ende der Projektphase wird der Denkort über ein Besucherzentrum, eine Außenausstellung, multimediale Informationssysteme und einen individuell begehbaren Rundweg durch den Bunker und über das direkte Umfeld verfügen.

Aus Sicht der Landeszentrale für politische Bildung thematisieren die derzeit angebotenen Führungen im **Denkort Bunker Valentin** vor allem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der beim Bau eingesetzten Zwangsarbeiter_innen, die individuelle Verantwortung von Kriegsmarineführung, Wachmannschaften und Ingenieuren und u.a. die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den einzelnen historischen Orten in Blumenthal.

Die darüber hinaus durchgeführten mehrstündigen Seminarangebote für Schulen und Weiterbildungsträger setzen darüber hinaus den Fokus auf selbstforschendes Lernen, die Aktivierung der Teilnehmer_innen für eine individuelle und aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte der einzelnen historischen Orte im Sinne der im Bürgerantrag formulierten Erwartungen.

Die geplanten und vor der Umsetzung stehenden Informationsmedien des **Denkortes Bunker Valentin** (Ausstellung/Multimediaangebote) dienen der im Bürgerantrag geforderten Information

von Besucher_innen aller Altersgruppen über die Entstehungsbedingungen der genannten historischen Orte.

Darüber hinaus ist die im Bürgerantrag geforderte offensive Auseinandersetzung mit der Geschichte Blumenthals in der Zeit des Nationalsozialismus gerade angesichts der Unübersehbarkeit der hinterlassenen historischen Bauten natürlich wünschenswert. Aus diesem Grund haben die Bremische Bürgerschaft und der Senat der Freien Hansestadt Bremen die Landeszentrale für politische Bildung mit der Erarbeitung einer Gedenkstättenkonzeption für den Bunker Valentin beauftragt, die wissenschaftlich, museologisch und pädagogisch dem aktuellen Forschungsstand entspricht. Die Konzeption umfasst bereits wesentliche im Bürgerantrag genannte inhaltliche Aspekte.

Der auf den Zeitraum 2011 bis 2015 angelegte **Ausbau des Denkortes Bunker Valentin** macht große Fortschritte:

Der pädagogische Betrieb des Denkortes läuft seit Frühjahr 2011. Jährlich besuchen zwischen 4.000 und 5.000 Gäste den Bunker, darunter zahlreiche Schulklassen und Volkshochschulgruppen.

Die konzeptionellen und baulichen Planungen für die Umgestaltung bzw. den Aufbau des Denkortes sind abgeschlossen, kalkuliert und beginnen im Frühjahr 2014. Die entsprechenden Projektanträge u.a. beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sind fertig gestellt worden.

Die Gestaltung und inhaltliche Entwicklung einer zweisprachigen Außenausstellung zur Geschichte des Bunkers ist abgeschlossen. Ihre Realisierung erfolgt im Laufe des Jahres 2015.

Die Eröffnung des neuen Besucherzentrums in der ehemaligen Kfz-Werkstatt des Bunkers erfolgt ebenfalls im Laufe des Jahres 2015.

Die Frage nach einer „adäquaten Nutzung“ der ehemaligen Produktionshalle ist damit in den dargestellten Planungen aus Sicht der Landeszentrale für politische Bildung geklärt.

Die im Bürgerantrag formulierte Forderung nach einer stärkeren Auseinandersetzung mit der Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus ist berechtigt. Der **Denkort Bunker Valentin** thematisiert Teile dieser Alltagsgeschichte insbesondere dort, wo es um die Interaktion zwischen der Bevölkerung Farges und den Akteuren des Bunkerbaus geht. Die „Baracke Wilhelmine“ dokumentiert darüber hinaus die Geschichte der sogenannten „Lebensbornkinder“ in einer eigenen Ausstellung.

Weitere Aspekte sind dagegen tatsächlich nur spärlich aufgearbeitet. Der **Denkort Bunker Valentin** bietet neben seiner thematischen Ausrichtung zum Themenkomplex Zwangsarbeit und Rüstungswirtschaft allerdings über z.B. über Sonderausstellungen Optionen, um diese Aspekte der Alltagsgeschichte darstellen zu können.

Zu den weiteren aufgeführten Varianten eines NS-Denk- und Informationszentrums kann aus Sicht der Landeszentrale festgestellt werden:

Eine museale Teilerschließung des **Tanklagers** würde weitere Kosten nach sich ziehen, die vor allem angesichts des baulichen Zustandes des Tanklagers zurzeit nicht seriös kalkuliert werden können. Eine inhaltliche Dokumentation der Geschichte des Tanklagers erfordert weitere Mittel für die inhaltliche Entwicklung, die Gestaltung und die Umsetzung.

Die **Bahrsplate** verfügt derzeit über ein Mahnmal. Möglich wäre auch hier die Einrichtung einer umfangreicheren Dokumentation in Form einer Open-Air-Ausstellung nach dem Vorbild der

„Topographie des Terrors“ in Berlin oder der Dokumentation der sogenannten Todesmärsche in Below. Auch hier würden Kosten für inhaltliche Entwicklung, Gestaltung und Umsetzung anfallen.

Gleiches gilt für das ehemalige **Lagergelände zwischen Farge und Schwanewede**. Die historische Bausubstanz ist nahezu vollständig verschwunden, nur noch wenige Überreste verweisen auf die ehemaligen historischen Orte. Hier bedarf es eines Masterplanes, der einerseits Vorschläge für den Umgang mit den noch vorhandenen Überresten der historischen Orte macht, andererseits eine sinnvolle Wegeführung entwickelt, über die sich die einzelnen Orte verbinden lassen. Eine solche Konzeption kann nur in Kooperation mit den lokal aktiven Vereinen (Geschichtslehrpfad Lagerstraße, Lernort Baracke Wilhelmine) und der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten erfolgen, da weite Teile des ehemaligen Lagergeländes zu Niedersachsen gehören. Zudem ist jede Planung von den Entscheidungen des Bundesverteidigungsministeriums zur Zukunft des Truppenübungsplatzes bzw. den Planungen der Gemeinde Schwanewede abhängig. Die genannte Kooperation ist bereits initiiert, erste Gespräche haben stattgefunden.

Zu berücksichtigen sind neben den Investitionen vor allem auch Mittel für den dauerhaften Betrieb eines Dokumentationszentrums. Notwendig wären angesichts der geographischen Dimensionen wissenschaftliche und pädagogische Kräfte sowie Aufsichtspersonal. Hinzukommen Neben- und Erhaltungskosten für Gebäude und Grünanlagen sowie Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bürgerantrag nennt als mögliche Vorbilder für eine Kostenschätzung die Erfahrungen des **Historisch-Technischen Informationszentrums Peenemünde (HTI) und die KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora**.

Das **HTI** ist eine GmbH des Landes Mecklenburg-Vorpommern und als solche ein zur Wirtschaftlichkeit verpflichteter Betrieb, der auf hohe Besucher_innenzahlen und damit verbundene Eintrittsgelder angewiesen ist. Damit sind leider auch inhaltliche Konsequenzen verbunden. Das HTI befindet sich gerade in einer Phase der inhaltlichen Neuorientierung, die von lokalen Akteuren und innerhalb der Fachwelt kritisch gesehen wird. Im Zentrum der Kritik steht die immer deutlicher zutage tretende Fokussierung auf die technischen Aspekte der ehemaligen Heeresversuchsanstalt. Hierbei wird vor allem die Bedeutung der „V2“ als Grundlage der modernen Raumfahrt in den Vordergrund gerückt. Der Umstand, dass es sich bei der „V2“ um eine Massenvernichtungswaffe handelte und für deren Produktion insbesondere nach der Verlagerung der Produktionsstätten in das KZ Dora-Mittelbau tausende Zwangsarbeiter_innen litten und starben, wird dagegen eher randständig behandelt.

Die **KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora** ist eine vom Bund institutionell geförderte Gedenkstätte unter dem Dach der Stiftung sächsische Gedenkstätten. Für einen Besuch des Geländes, der Stollenanlagen, der Teilnahme an pädagogischen Angeboten und der Dauerausstellung werden deshalb keine Eintrittsgelder erhoben. Darüber hinaus gehört es zum Wesensmerkmal der KZ-Gedenkstätten einen freien Zugang zu gewähren und mögliche Eintrittsgelder lediglich für die Teilnahme an Führungen oder Seminaren zu erheben, wobei diese Gelder lediglich der Kostendeckung dienen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Bremen hat sich der üblichen Praxis in Gedenkstätten entsprechend entschlossen, auf Eintrittsgelder zu verzichten. Beiträge werden lediglich zur Refinanzierung von pädagogischen Angeboten erhoben. Dies müsste auch für ein mögliches NS-Denk- und Informationszentrum Blumenthal gelten. Damit aber würde die Institution selbst weder einen Beitrag zur Refinanzierung von Investitionen noch für den Betrieb erwirtschaften können.

Im Fazit scheint es aus Sicht der Landeszentrale für politische Bildung Bremen sinnvoll, den Bürgerantrag eng im Kontext der Entwicklung des Denkortes Bunker Valentin zu betrachten und zu diskutieren. Ich möchte deshalb herzlich zu einem Treffen am Denkort Bunker Valentin einladen, um das Konzept und die nächsten Schritte erläutern und diskutieren zu können. Auf dieser Basis könnten dann gezielt die Leerstellen identifiziert werden, die ggf. ein zusätzliches „**NS-Denk- und Informationszentrum Bremen-Blumenthal**“ begründen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thomas Köcher
Leiter der Landeszentrale für pol. Bildung Bremen